OÖ. LANDESVERWALTUNGSGERICHT

4021 Linz / Volksgartenstraße 14
Telefon: +43 732 7075-18004
Fax: +43 732 7075-218018
E-Mail: post@lvwg-ooe.gv.at / www.lvwg-ooe.gv.at

Geschäftszeichen: **LVwG-400988/5/FP**

Datum: **Linz, 29. April 2025**

I M N A M E N D E R R E P U B L I K

Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich erkennt durch seinen Richter Mag. Pohl über die Beschwerde der A__, gegen den Bescheid des Bürgermeisters der Stadt Linz vom 24.02.2025, GZ: LINZ/924010005651/24, wegen Zurückweisung eines Einspruchs als unzulässig,

zu Recht:

I. Die Beschwerde wird als unbegründet abgewiesen.

II. Gegen diese Entscheidung ist eine Revision unzulässig.

[Traducere automată:

I. Respinge recursul ca nefondat.

II. O contestație împotriva acestei decizii nu este admisibilă.]

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e

I.1. Mit Strafverfügung vom 05.09.2024 verhängte der Bürgermeister der Stadt Linz eine Strafe über B__ (idF „Beschuldigte") weil sie als zur Vertretung nach außen berufenes Organ der C__ zu verantworten habe, dass diese als Zulassungsbesitzerin eines bestimmten LKW mit dem Kennzeichen aaa nach Verlangen einer Emissionsklasse die erforderlichen Nachweisdokumente nicht binnen 30 Kalendertagen übermittelt habe. Die Strafverfügung wurde am 16.09.2024 zugestellt.

I.2. Am 08.10.2024 brachte D__ im Namen der C__ (idF die Gesellschaft, Beschwerdeführerin oder Bf), ein von der Behörde als Einspruch gewertetes Schreiben ein, in welchem auf das Wesentliche zusammengefasst dargelegt wurde, das KFZ mit dem Kennzeichen aaa Gegenstand eines Leasingvertrages mit einer anderen Gesellschaft gewesen sei.

I.3. Dieses als Einspruch gewertete Schreiben wies die belangte Behörde mit dem nunmehr angefochtenen Bescheid als unzulässig zurück und begründete damit, dass die Bf nicht Beschuldigte und damit nicht Partei des Verfahrens sei.

I.4. Dagegen erhob die Bf vertreten durch ihren Geschäftsführer E__ und die Geschäftsleiterin F__ Beschwerde in welcher die Bf die Auffassung vertritt, im Verfahren auftreten zu können.
Es sei unzulässig, die in der Strafverfügung Beschuldigte eines Verbrechens zu beschuldigen und zu bestrafen. Als Eigentümerin des fraglichen Fahrzeuges habe die Bf das Recht, die Entscheidung anzufechten.
Die „Berufung" sei zu Unrecht zurückgewiesen worden.

Die Bf beantragte den Bescheid der belangten Behörde aufzuheben und die Bf „und implizit" die Beschuldigte zu entlasten, zumal die Straftat vom Unternehmen oder einem Mitglied des Verwaltungsrates nicht begangen werden könne.

II.1. Das Landesverwaltungsgericht Oberösterreich hat Beweis erhoben durch Einsichtnahme in den vorliegenden Akt. Die Bf hat keine öffentliche mündliche Verhandlung beantragt und nur eine unrichtige rechtliche Beurteilung geltend gemacht. Weiters wird ein verfahrensrechtlicher Bescheid angefochten, weshalb von einer öffentlichen mündlichen Verhandlung gemäß § 44 Abs. 3 Zfrn. 1 und 4 VwGVG abgesehen werden kann.
II.2. Nachstehender entscheidungswesentlicher S A C H V E R H A L T steht fest:

Mit Strafverfügung vom 05.09.2024 verhängte der Bürgermeister der Stadt Linz eine Strafe über B__ weil sie als zur Vertretung nach außen berufenes Organ der

C__ zu verantworten habe, dass diese als Zulassungsbesitzerin eines bestimmten LKW mit dem Kennzeichen aaa nach Verlangen einer Emissionsklasse die erforderlichen Nachweisdokumente nicht binnen 30 Kalendertagen übermittelt habe. Die Strafverfügung wurde am 16.09.2024 zugestellt.

Gegen diese Strafverfügung brachte D__ im Namen der Bf mit E-Mail vom 08.10.2024 einen Einspruch ein.

Auf die Beschuldigte wird im Einspruch nicht Bezug genommen und ist diese im Verfahren auch nicht aufgetreten.

II.3. Beweiswürdigung

Der festgestellte Sachverhalt ergibt sich widerspruchsfrei aus dem vorliegenden Akt. Insbesondere ergibt sich aus diesem, dass die Gesellschaft die Auffassung vertritt, im Verfahren Parteistellung zu haben und in diesem in eigenem Namen auftreten zu können. Dies ergibt sich insbesondere aus dem Umstand, dass die Gesellschaft in ihrer Beschwerde betont, das Recht zu haben den Sanktionsbescheid anzufechten und darlegt, es wolle die Beschuldigte mit der Aufhebung implizit (sic!) entlastet werden.

Die Zustellung der Strafverfügung ist durch Rückschein am 16.09.2024 ausgewiesen, was vom Gericht durch Einsichtnahme in das G__ der rumänischen Post verifiziert wurde, die Übersendung des E-Mails, mit welchem der Einspruch übermittelt wurde durch Zeitstempel auf diesem. Die Verspätung wird im Einspruch zugestanden („Wir entschuldigen uns für die verspätete Beantwortung […]").

III. Rechtsgrundlagen

Art. 132 B-VG (BGBl. Nr. 1/1930, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 164/2013) lautet:

Artikel 132. (1) Gegen den Bescheid einer Verwaltungsbehörde kann wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde erheben:
1. wer durch den Bescheid in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet;
2. der zuständige Bundesminister in Rechtssachen in einer Angelegenheit der Art. 11, 12, 14 Abs. 2 und 3 und 14a Abs. 3 und 4 oder in Rechtssachen, in denen dem Bescheid eines Landesschulrates ein kollegialer Beschluss zugrunde liegt.

(2) Gegen die Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt kann wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde erheben, wer durch sie in seinen Rechten verletzt zu sein behauptet.
(3) Wegen Verletzung der Entscheidungspflicht kann Beschwerde erheben, wer im Verwaltungsverfahren als Partei zur Geltendmachung der Entscheidungspflicht berechtigt zu sein behauptet.

(4) Gegen Weisungen gemäß Art. 81a Abs. 4 kann der Landesschulrat aufgrund eines Beschlusses des Kollegiums Beschwerde erheben.
(5) Wer in anderen als den in Abs. 1 und 2 genannten Fällen und in den Fällen, in denen ein Gesetz gemäß Art. 130 Abs. 2 eine Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte vorsieht, wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde erheben kann, bestimmen die Bundes- oder Landesgesetze.
(6) In den Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde kann Beschwerde beim Verwaltungsgericht erst nach Erschöpfung des Instanzenzuges erhoben werden.

§ 8 AVG (BGBl. Nr. 51/1991) lautet:

Beteiligte; Parteien

§ 8. Personen, die eine Tätigkeit der Behörde in Anspruch nehmen oder auf die sich die Tätigkeit der Behörde bezieht, sind Beteiligte und, insoweit sie an der Sache vermöge eines Rechtsanspruches oder eines rechtlichen Interesses beteiligt sind, Parteien.

§ 32 Abs. 1 VStG (BGBl. Nr. 52/1991 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 33/2013) lautet:

§ 32. (1) Beschuldigter ist die im Verdacht einer Verwaltungsübertretung stehende Person von dem Zeitpunkt der ersten von der Behörde gegen sie gerichteten Verfolgungshandlung bis zum Abschluß der Strafsache. Der Beschuldigte ist Partei im Sinne des AVG.

§ 49 Abs. 1 VStG lautet:

„§ 49. (1) Der Beschuldigte kann gegen die Strafverfügung binnen zwei Wochen nach deren Zustellung Einspruch erheben und dabei die seiner Verteidigung dienlichen Beweismittel vorbringen. Der Einspruch kann auch mündlich erhoben werden. Er ist bei der Behörde einzubringen, die die Strafverfügung erlassen hat."

IV. Rechtliche Beurteilung

IV.1. Gemäß Art. 132 Abs. 1 B-VG kann gegen einen Bescheid einer Verwaltungsbehörde wegen Rechtswidrigkeit Beschwerde erheben, wer durch diesen Bescheid in seinen (eigenen subjektiven) Rechten verletzt zu sein behauptet.

Es können aber nur diejenigen (natürlichen oder juristischen) Personen eine Beeinträchtigung von Rechten mit Beschwerde geltend machen, denen in einem vorangegangenen Verwaltungsverfahren Parteistellung zukam oder zuerkannt wurde. Die Parteistellung im Verwaltungsverfahren und die Befugnis zur Beschwerdeerhebung hängen demnach unmittelbar zusammen (vgl. *Rosenkranz*

in *Kahl/Khakzadeh/Schmid*, Kommentar zum Bundesverfassungsrecht B-VG und Grundrechte, Art. 132 B-VG, Rz 8).

Parteien des Verwaltungsstrafverfahrens sind kraft ausdrücklicher Bestimmungen des VStG 1991 der Beschuldigte (vgl. § 32 Abs. 1 VStG), der Privatankläger (vgl. § 56 Abs. 2 VStG) und der Privatbeteiligte (vgl. § 57 Abs. 1 VStG). Des Weiteren ergibt sich aus § 17 VStG eine Parteistellung des vom Beschuldigten verschiedenen Eigentümers eines vom Verfall bedrohten Gegenstandes (vgl. VwGH 19.10.2023, Ra 2021/02/0097).

Die Beschwerdeführerin (die Gesellschaft) ist im konkreten Fall nicht Beschuldigte des Verwaltungsstrafverfahren. Es liegt auch kein Privatanklagedelikt iSd § 56 Abs. 1 VStG vor. Eine Parteistellung als Privatbeteiligte iSd § 57 Abs. 1 VStG scheitert daran, dass das BStMG 2002 keine entsprechenden Bestimmungen enthält, die die Behörde dazu verpflichtet, auch über die aus einem Verstoß gegen das BStMG 2002 abgeleiteten privatrechtlichen Ansprüche zu entscheiden.

Die von der Bf vertretene Auffassung, sie habe in einem gegen die Präsidentin ihres Verwaltungsrates gerichteten Verwaltungsstrafverfahren Parteistellung und das Recht in einem solchen Verfahren Rechtsmittel zu erheben, ist nach dem ausdrücklichen Wortlaut der zugrundeliegenden Bestimmungen unzutreffend.

In Ermangelung einer Parteistellung fehlte der Beschwerdeführerin die Legitimation ein Rechtsmittel gegen die gegen ihre Präsidentin gerichtete Strafverfügung zu richten, weshalb die belangte Behörde den Einspruch zu Recht als unzulässig zurückgewiesen hat.

Am Rande sei angemerkt, dass aus der Beschwerde nicht hervor geht, dass die Bf in fremdem Namen (etwa im Namen der Bestraften) handeln würde. Schon nach dem bürgerlichen Recht (siehe den Verweis in § 10 Abs. 2 AVG) ist Voraussetzung einer gültigen Stellvertretung, dass der Vertreter im Namen des Vertretenen handelt. Es genügt nicht, dass er diesem den wirtschaftlichen Erfolg zuwenden will, er hat die Beziehung zum Vertretenen auch klarzustellen. Man spricht vom „Offenlegungsgrundsatz" (vgl. VwGH 29.01.2008, 2005/05/0252). Nach dem objektiven Erklärungswert der erhobenen Beschwerde, in welcher ausdrücklich dargelegt wird, dass die Bf davon ausgeht, die belangte Behörde habe zu Unrecht festgestellt, dass die Bf nicht zur Beschwerdeerhebung berechtigt sei und man eine implizite Entlastung der Beschuldigten anstrebe, besteht auch unter Berücksichtigung der vorherigen Eingabe der Beschwerdeführerin an die belangte Behörde (Einspruch gegen Strafverfügung) kein Anlass für Zweifel, dass die Eingabe der Beschwerdeführerin selbst zuzurechnen ist. Es bedarf daher weder weiterer Ermittlungen iSd § 37 AVG noch eines Verbesserungsverfahrens (vgl. VwGH 23.04.2007, 2005/10/0140).

IV.2. Verspätung des Einspruchs und Rechtskraft der Strafverfügung

Der vorliegende Einspruch der Bf wurde aber auch aus einem anderen Grund zu Recht als unzulässig zurückgewiesen.

Die Zustellung der zugrundeliegenden Strafverfügung erfolgte mittels eingeschrieben Rückscheinbriefs am 16.09.2024.

Nach § 32 Abs. 2 AVG (iVm § 17 VwGVG) enden nach Wochen, Monaten oder Jahren bestimmte Fristen mit dem Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, der durch seine Benennung oder Zahl dem Tag entspricht, an dem die Frist begonnen hat. Fehlt dieser Tag im letzten Monat, so endet die Frist mit Ablauf des letzten Tages dieses Monats. Durch Gesetz oder Verordnung festgesetzte Fristen können gemäß § 33 Abs. 4 AVG weder verkürzt noch verlängert werden.

Es erweist sich vorliegend demnach, dass die nicht verlängerbare zweiwöchige Einspruchsfrist mit der Zustellung am Montag, 16.09.2024, zu laufen begonnen hat und mit Ablauf des 30.09.2024, dem Montag der darauffolgenden letzten Woche der Frist, endete.

Die Strafverfügung enthielt eine Rechtsmittelbelehrung, die eindeutig auf diese Frist hinwies.

Der am Dienstag, 08.10.2024 eingebrachte Einspruch erfolgte daher zudem verspätet, sodass er selbst im Falle seiner sonstigen Zulässigkeit keine Wirkung entfalten hätte können. Die Strafverfügung war bereits in Rechtskraft erwachsen.

IV.3. Die belangte Behörde hat den Einspruch der Bf daher zu Recht zurückgewiesen.

Die Beschwerde der Bf ist aus den dargestellten Gründen abzuweisen.

Eine Überprüfung der inhaltlichen Richtigkeit der Strafverfügung im verfahrensrechtlich geprägten Verfahren über die Rechtmäßigkeit der Strafverfügung, ist dem Verwaltungsgericht aufgrund der Rechtskraft der Strafverfügung verwehrt.
Das Verwaltungsgericht ist zu einer Überprüfung der Sache infolge rechtskräftiger Erledigung nicht mehr zuständig.

[Traducere automată:

IV. Evaluare juridică

IV.1. Potrivit articolului 132 paragraful 1 din Legea constituțională federală, oricine susține că drepturile sale (subiective) au fost încălcate prin decizia unei autorități administrative poate depune o cale de atac pe motiv de ilegalitate. Cu toate acestea, numai acele persoane (fizice sau juridice) cărora li s-a acordat sau li s-a acordat statutul de parte într-o procedură administrativă anterioară pot depune o plângere prin invocarea unei încălcări a drepturilor lor. Statutul unei părți în procedurile administrative și puterea de a depune o cale de atac sunt, prin urmare, direct legate (a se vedea Rosenkranz în Kahl/Khakzadeh/Schmid, Comentariu privind legea constituțională federală B-VG și drepturile fundamentale, art. 132 B-VG, alin. 8). În virtutea prevederilor exprese ale Legii penale administrative din 1991, părțile la procedurile penale administrative sunt acuzatul (cf. Secțiunea 32 alin. 1 VStG), procurorul particular (cf. Secțiunea 56 alin. 2 VStG) și persoana privată (cf. Secțiunea 57 alin. 1 VStG). În plus, secțiunea 17 din Legea privind infracțiunile administrative (VStG) prevede statutul de parte în proces a proprietarului unui obiect amenințat cu confiscarea, care este diferit de învinuit (cf. VwGH 19.10.2023, Ra 2021/02/0097). În acest caz specific, reclamantul (compania) nu este acuzat în procedura penală administrativă. De asemenea, nu există nicio infracțiune de urmărire privată în sensul secțiunii 56 alineatul (1) din Codul penal (VStG). Un statut de parte ca parte privată în sensul secțiunii 57 (1) din Legea fiscală administrativă eșuează, deoarece Legea fiscală federală din 2002 nu conține nicio dispoziție corespunzătoare care obligă autoritatea să decidă și asupra pretențiilor de drept privat derivate dintr-o încălcare a Legii fiscale federale din 2002. Opinia reclamantei potrivit căreia aceasta are calitatea de parte într-o procedură penală administrativă introdusă împotriva președintelui consiliului său de administrație și dreptul de a face recurs în cadrul unei astfel de proceduri este incorectă, potrivit formulării exprese a dispozițiilor subiacente. În lipsa calității de partid, reclamantul nu avea legitimitatea de a face recurs împotriva ordonanței penale îndreptate împotriva Președintelui său, motiv pentru care autoritatea în cauză a respins pe bună dreptate recursul ca inadmisibil. Trebuie remarcat în treacăt că plângerea nu indică faptul că reclamantul acționa în numele altei persoane (de exemplu, în numele persoanei pedepsite). Chiar și în temeiul dreptului civil (a se vedea referința din Secțiunea 10 paragraful 2 din AVG), o condiție prealabilă pentru o reprezentare valabilă este ca reprezentantul să acționeze în numele persoanei reprezentate. Nu este suficient că vrea să asigure succesul economic celuilalt; el trebuie să clarifice şi relaţia cu persoana reprezentată. Acesta este denumit „principiul dezvăluirii” (cf. VwGH 29.01.2008, 2005/05/0252). Având în vedere valoarea obiectivă explicativă a plângerii depuse, în care se arată în mod expres că reclamantul presupune că autoritatea care se ocupă de plângere a constatat în mod greșit că reclamantul nu era în drept să depună plângerea și că s-a solicitat o exonerare implicită a inculpatului, nu există

niciun motiv de îndoială, chiar și ținând cont de plângerea anterioară a reclamantului (obpunerea la ordonanța de penalizare a reclamantului), prezentarea este atribuită însăși reclamantei. Prin urmare, nu sunt necesare investigații suplimentare în sensul Secțiunii 37 AVG și nici o procedură de îmbunătățire (cf. VwGH 23.04.2007, 2005/10/0140).

IV.2. Întârziere în depunerea întâmpinării și forța juridică a ordonanței de pedeapsă Cu toate acestea, obiecția de față a reclamantului a fost pe bună dreptate respinsă ca inadmisibilă și pentru un alt motiv. Ordinul de penalizare a fost comunicat prin scrisoare recomandată cu confirmare de primire la 16 septembrie 2024. În conformitate cu Secțiunea 32 (2) AVG (împreună cu Secțiunea 17 VwGVG), perioadele de timp determinate după săptămâni, luni sau ani se termină cu expirarea zilei ultimei săptămâni sau luni care, prin numele sau numărul său, corespunde zilei la care a început perioada. Dacă această zi lipsește în ultima lună, perioada se încheie în ultima zi a lunii respective. Conform Secțiunii 33 (4) din AVG, termenele stabilite prin lege sau regulament nu pot fi scurtate sau prelungite. Prin urmare, în speță reiese că termenul de două săptămâni neprelungibil pentru depunerea unei obiecțiuni a început să curgă cu serviciul luni, 16 septembrie 2024 și s-a încheiat la 30 septembrie 2024, luni a ultimei săptămâni următoare a perioadei. Ordinul de sancționare conținea instrucțiuni privind remediile legale care se refereau în mod clar la acest termen. Întâmpinarea depusă marți, 8 octombrie 2024, a fost așadar și ea depusă cu întârziere, în sensul că nu ar fi avut niciun efect chiar dacă altfel ar fi fost admisibilă. Ordinul de penalizare devenise deja obligatoriu din punct de vedere juridic.

IV.3. Prin urmare, autoritatea în cauză a avut dreptate să respingă obiecția reclamantului.
Recursul reclamantului trebuie respins pentru motivele expuse mai sus. Instanța de contencios administrativ nu are voie să verifice corectitudinea conținutului ordonanței de pedeapsă în cadrul procedurilor procesuale privind legalitatea ordonanței de pedeapsă din cauza forței juridice a ordonanței de pedeapsă. Instanța de contencios administrativ nu mai este competentă să revizuiască cauza în urma încheierii sale definitive și obligatorii.]

V. Unzulässigkeit der ordentlichen Revision:

Die ordentliche Revision ist unzulässig, da keine Rechtsfrage im Sinne des Art. 133 Abs. 4 B-VG zu beurteilen war, der grundsätzliche Bedeutung zukommt. Weder weicht die gegenständliche Entscheidung von der bisherigen Recht-sprechung des Verwaltungsgerichtshofs ab, noch fehlt es an einer Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs. Weiters ist die dazu vorliegende Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs auch nicht als uneinheitlich zu beurteilen. Ebenfalls liegen

keine sonstigen Hinweise auf eine grundsätzliche Bedeutung der zu lösenden Rechtsfrage vor.
(Recursul ordinar este inadmisibil deoarece nu se pune problema juridică de importanță fundamentală (Art. 133 Abs. 4 B-VG). Decizia în cauză nu se abate de la jurisprudența anterioară a Tribunalului de contencios administrativ și nu lipsește jurisprudența din partea instanței de contencios administrativ. Jurisprudența existentă a Curții Administrative nu este inconsecventă și nu există alte indicii ale importanței fundamentale a chestiunii de drept ce urmează a fi soluționată.)

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diese Entscheidung besteht innerhalb von sechs Wochen ab dem Tag der Zustellung die Möglichkeit der Erhebung einer Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof und/oder einer außerordentlichen Revision beim Verwaltungsgerichtshof. Eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof ist unmittelbar bei diesem einzubringen, eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof beim Landesverwaltungsgericht Oberösterreich. Die Abfassung und die Einbringung einer Beschwerde bzw. einer Revision müssen durch einen bevollmächtigten Rechtsanwalt bzw. eine bevollmächtigte Rechtsanwältin erfolgen. Für die Beschwerde bzw. Revision ist eine Eingabengebühr von je 240 Euro zu entrichten, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist. Sie haben die Möglichkeit, auf die Revision beim Verwaltungsgerichtshof und die Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof zu verzichten. Ein solcher Verzicht hat zur Folge, dass eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof und eine Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof nicht mehr erhoben werden kann. Ein Verzicht ist schriftlich bekanntzugeben oder zu Protokoll zu erklären. Wurde der Verzicht nicht von einem berufsmäßigen Parteienvertreter oder im Beisein eines solchen abgegeben, so kann er binnen drei Tagen schriftlich oder zur Niederschrift widerrufen werden.

Instrucțiuni privind căile de atac legale

Împotriva acestei hotărâri se poate depune o plângere la Curtea Constituțională și/sau un recurs extraordinar la Curtea Administrativă în termen de șase săptămâni de la data pronunțării. O plângere la Curtea Constituțională trebuie depusă direct la aceasta, un recurs la Curtea Administrativă a Curții Administrative de Stat din Austria Superioară. Întocmirea și depunerea unei plângeri sau a unei contestații trebuie efectuate de un avocat autorizat. Pentru reclamație sau revizuire trebuie plătită o taxă de intrare de 240 de euro, dacă legea nu prevede altfel. Aveți opțiunea de a renunța la un recurs la Curtea Administrativă și la un recurs la Curtea Constituțională. O astfel de renunțare înseamnă că nu mai pot fi depuse o contestație la Curtea Administrativă și o plângere la Curtea Constituțională. O renunțare trebuie anunțată în scris sau înregistrată. În cazul în care renunțarea nu

a fost făcută de către un reprezentant profesionist al părții sau în prezența unuia, aceasta poate fi revocată în scris sau pe evidență în termen de trei zile.

H i n w e i s

Verfahrenshilfe ist einer Partei zur Gänze oder zum Teil zu bewilligen, wenn die Partei außerstande ist, die Kosten der Führung des Verfahrens ohne Beeinträchtigung des notwendigen Unterhalts zu bestreiten und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint.
Einer juristischen Person oder einem sonstigen parteifähigen Gebilde ist die Verfahrenshilfe zu bewilligen, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder von ihr/ihm noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können, und die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung nicht als offenbar mutwillig oder aussichtslos erscheint; das Gleiche gilt für ein behördlich bestelltes Organ oder einen gesetzlichen Vertreter, die für eine Vermögensmasse auftreten, wenn die zur Führung des Verfahrens erforderlichen Mittel weder aus der Vermögensmasse noch von den an der Führung des Verfahrens wirtschaftlich Beteiligten aufgebracht werden können.

Für das Beschwerdeverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

Für das Revisionsverfahren ist ein Antrag auf Verfahrenshilfe innerhalb der Rechtsmittelfrist beim Verwaltungsgerichtshof einzubringen. Im Antrag ist, soweit zumutbar, kurz zu begründen, warum die Revision entgegen dem Ausspruch des Verwaltungsgerichtes für zulässig erachtet wird.

[Observa

Asistența judiciară se acordă unei părți în întregime sau parțial dacă partea nu poate acoperi costurile procedurii fără a prejudicia întreținerea necesară și acțiunea judiciară sau apărarea intenționată nu pare a fi vădit frivolă sau lipsită de speranță. Asistența judiciară se acordă unei persoane juridice sau altei entități capabile să fie parte dacă mijloacele necesare conducerii procedurii nu pot fi invocate de acea persoană sau de părțile implicate financiar în procedură și acțiunea juridică sau apărarea intenționată nu pare a fi în mod vădit frivolă sau fără speranță; Același lucru se aplică unui organism desemnat oficial sau unui reprezentant legal care acționează în numele unei succesiuni dacă fondurile necesare conducerii procedurii nu pot fi strânse nici din patrimoniu, nici de la părțile implicate financiar în procedură. Pentru procedura de recurs, o cerere de asistență judiciară trebuie depusă la Curtea Constituțională în termenul de apel. Pentru procedura de recurs, o cerere de asistență judiciară trebuie depusă la

Tribunalul Administrativ în termenul de recurs. Cererea trebuie, în măsura în care este rezonabil, să explice pe scurt de ce recursul este considerat admisibil contrar deciziei instanței de contencios administrativ.]

Landesverwaltungsgericht Oberösterreich

Mag. Pohl